Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 330. **Sonnabend** den 26. November 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 27. November,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß mit dem **1. December d. J.** in der ersten Etage des Stadthauses, Ostmarkt Nr. 3, für die dort untergebrachten städtischen Expeditionen eine eigene Sportelcasse errichtet wird.

Leipzig, den 23. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Um festzustellen, inwieweit die von hiesigen Gast- und Schankwirthen gebrauchten pneumatischen Bierdruckapparate in Bezug auf Construction, Anordnung und Aufstellung den Vorschriften des ortspolizeilichen Regulativs, die Einrichtung und Reinhaltung der pneumatischen Bierdruckapparate in Leipzig betreffend, vom 24. Juni 1881 entsprechen, soll ein mit dem erforderlichen Sachverständniß ausgestatteter und sonst vertrauenswürdiger Mann mit einem monatlichen Gehalt von 150 Mark gegen 14tägige Kündigung angestellt werden. Mechaniker, Klempner, Schlosser, Kupferschmiede und ähnliche Professionisten, welche sich dieser Function gewachsen fühlen, die aber nicht selbstständig mit der Herstellung von Bierdruckapparaten sich beschäftigen dürfen, werden daher aufgefordert, etwaige Bewerbungen um diese vorübergehende Anstellung innerhalb der nächsten 14 Tage schriftlich hier anzubringen.

Leipzig, am 22. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

Die miethfrei werdende **Abtheilung Nr. 11** der obigen Fleischhalle soll **vom 24. December dieses Jahres an** gegen **einmonatliche Kündigung** anderweit an den **Meistbietenden vermiethet** werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf

Dienstag, den 6. December ds. Js.
Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle, Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anberaumt.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 23. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stieß.

Nutzholz-Auction.

Donnerstag, den 1. December d. J., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Schlage in Abth. 27a des Burgauer Forstreviers, in der Lindenauer Gettze, in der Nähe des Leutzsch-Leipziger Fahrweges und der grünen Linie

ca. 142 eichene, 70 buchene, 117 rüsterne, 23 eschene, 7 maßholderne und 11 ellerne **Nutz-Klötze,**
4 eichene **Kahnkuie,**
209 rüsterne und eschene **Schirrhölzer,**
170 rüsterne und eschene **Schirrstangen,**
230 rüsterne **Hebebäume** und
100 starke **fichtene Stangen**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Schlage in der Lindenauer Gettze.

Leipzig, am 19. November 1881.

Des Raths Forstdeputation.

An das Stadtverordneten-Collegium.

Von Seiten des Directoriums der Polytechnischen Gesellschaft ist gestern an die Mitglieder des Collegiums eine Einladung zur Theilnahme an dem

Dienstag, den 29. November, Abends 8 Uhr

in der Centralhalle stattfindenden **Stiftungsfeste** (Vorträge, Abendessen, Ball) ergangen, unter dem Ersuchen, bis Montag den 28. d. M. Mittag, die Anzahl der gewünschten Tafelplätze mitgetheilt zu erhalten. Die Herren Mitglieder des Collegiums werden daher gebeten, die Tafelplätze bis Montag, den 28. d. M., Vormittag auf unserem Bureau bestellen zu wollen.

Leipzig, den 25. November 1881. Goetz.

Den Handelsverkehr mit Australien betr.

Herr **W. F. Bahse** wird in der Zeit vom 23. bis 26 d. M. jeden Vormittag von 9 bis 12 Uhr auf unserem Bureau, Neumarkt 19, I., zu sprechen sein, um auf Fragen, welche den Handelsverkehr mit Australien betreffen, **Auskunft** zu ertheilen.

Leipzig, den 22. November 1881.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Das Socialistengesetz.

I.

* Es ist geradezu wunderbar, in welchem Maaße seit den letzten Reichstagswahlen die Ansichten vieler Bruchtheile der Bevölkerung über den Werth des sogenannten Socialistengesetzes sich verändert haben. Während dieses Gesetz früher von allen Freunden der Ordnung als ein starkes Bollwerk gegen die Wühlereien der Socialisten dankbar anerkannt wurde, ist es jetzt auf einmal ein ganz nichtsnutziges, wirkungsloses, ja lächerliches Ding, das je eher je lieber wieder beseitigt werden müßte. Diese Ansicht ist weit verbreitet, ihre laute Verkündigung erschallt aus den Lagern der verschiedensten Parteien. In conservativen, ja stockreactionairen Blättern wird das Gesetz mit einem mitleidigen Fußtritt bei Seite geschoben, unter den Secessionisten hat es allem Anscheine nach auch nur wenige Freunde, und natürlich ist es vor Allem die unentwegte Gesinnungstüchtigkeit der Fortschrittspartei, welche eben jetzt wieder mit verstärkter Kraft sich gegen das Gesetz erklärt. Es kann Das kaum überraschen. Auf dem Programm dieser Partei steht nun einmal nackt und kahl: Ausnahmegesetze sind unter keiner Bedingung zu dulden; das Socialistengesetz ist ein Ausnahmegesetz, also muß es fallen. Und wäre ein solches Gesetz noch so zweckmäßig und durch die Nothwendigkeit geboten: — thut Nichts, fiat programma, pereat mundus!

Wodurch aber ist ein so auffälliger Umschwung herbeigeführt worden? Durch nichts Anderes als durch die Thatsache, daß etwa ein Dutzend Socialdemokraten Eingang in die Hallen des Reichstags gefunden haben. Diese Thatsache genügt dem politischen Philister, um dem Socialistengesetz ohne Weiteres die Freundschaft zu kündigen. „Was soll mir — raisonnirt er — ein Gesetz, das nicht im Stande ist, die Feinde, welche es bekämpfen soll, aus der Volksvertretung auszuschließen?" Wer so denkt, ahnt freilich nicht, wie weit er am Ziele vorbeischießt und wie sehr er damit kundgiebt, daß er das Wesen und die Bedeutung des Socialistengesetzes nie richtig verstanden habe. Kein ruhig Ueberlegender, am allerwenigsten der Gesetzgeber selbst, hat jemals sich der Hoffnung hingegeben, daß jenes Ausnahmegesetz den Socialismus plötzlich vernichten, die Anhänger des letzteren auf einmal vom politischen Schauplatze wegfegen könne und werde. Im Gegentheil. Man kennt ja die innere Organisation der socialdemokratischen Partei, man weiß, mit welchem blinden Gehorsam die „Genossen" jedem Wink und jeder Weisung ihrer Führer Folge leisten, mit welcher Sicherheit und Geschlossenheit ihre Truppen an den Wahlurnen sich einfinden, um Mann für Mann dem einen Exterenen ihre Stimme zu geben. Dagegen hilft kein Gesetz, und wäre es mit Blut geschrieben.

Und dennoch scheint auch in dieser Richtung das Socialistengesetz nicht gänzlich ohne Wirkung und Erfolg geblieben zu sein. Die Gesammtzahl der socialdemokratischen Stimmen ist bei den jüngsten Reichstagswahlen geringer gewesen als früher, obwohl notorisch unter dieselben zahlreiche Stimmen von Reactionären, Fortschrittlern, Ultramontanen ꝛc. mit eingeschmuggelt worden sind, und es liegt der Schluß nahe, daß doch viele der älteren und besonneneren Genossen sich allmälig von der socialdemokratischen Wühlerei zurückgezogen haben. Man darf dreist behaupten, daß auch ohne Socialistengesetz kaum ein Socialist in den Reichstag gewählt worden wäre, wenn nur die Parteien der Ordnung überall ihre Schuldigkeit gethan hätten. Wo das Letztere geschah, ist auch der socialdemokratische Candidat regelmäßig geschlagen worden — man denke an Dresden, Leipzig, Schneeberg, Glauchau u. a. m. —, und wo ein Socialdemokrat aus dem Wahlkampfe siegreich hervorging, da waren es stets pflichtvergessene Anhänger der Ordnungsparteien, welche durch ihre Verbissenheit und Kurzsichtigkeit es dahin brachten, daß der Mann, den sie von Gottes und Rechtes wegen mit allem Nachdruck bekämpfen sollten und mußten, durch ihre beklagenswerthe Unterstützung den Siegerkranz sich erwerben durfte.

Mit den Reichs- und Landtagswahlen steht das Socialistengesetz an sich also gar nicht in Verbindung, und darum ist es thöricht, nach dem Ausfall der Wahlen den Werth dieses Gesetzes schätzen zu wollen. Das weiß auch Niemand besser als die Socialdemokraten selbst. Sie brauchen keine öffentlichen Wahlversammlungen abzuhalten, sie brauchen nicht in der Presse für ihre Candidaten zu wirken, sie brauchen sich überhaupt gar nicht besonders anzustrengen, um ihre Wahlzwecke zu erreichen. Auf den bekannten Wegen geht der Befehl der Oberen durch alle Gruppen und Kreise der Anhänger, und die ihn erlassen, dürfen mit Sicherheit darauf rechnen, daß ihr Commando richtig befolgt wird. Wenn aber dennoch aus der Mitte der Socialisten Klagen erschallen über die höchst unangenehmen Hindernisse, welche das Socialistengesetz ihnen in den Weg legt, so ist Dies auf ganz andere Dinge zurückzuführen, die sie selbst natürlich nur ungern zum Gegenstande öffentlicher Besprechung machen, die aber aus verschiedenen Gründen eine nähere Betrachtung verdienen. Und Dies soll in einem zweiten Artikel geschehen.

Leipzig, 26. November.

Die Liste der Zusammensetzung des Reichstags nach Berufsständen ist nicht ohne praktisches Interesse. Wir ersehen daraus, daß auf die Landwirthschaft 107 Abgeordnete entfallen, während nur einige 30 Reichstagsmitglieder der Industrie und dem Handel angehören, gegen 50 der Staats- und Communalverwaltung, gegen 30 dem Richterstand, einige 20 der Rechtsanwaltschaft, 18 der Wissenschaft, 22 dem geistlichen Stande, 20 der Schriftstellerei; die übrigen Mitglieder gehören verschiedenen in größere Rubriken nicht unterzubringenden Ständen an. Zunächst fällt dabei in die Augen die unverhältnißmäßig starke Vertretung der Landwirthschaft, die sich auf über ein Viertel der Gesammtzahl beläuft und dem in Beamten- und Rechtsanwaltstellungen befindlichen Juristenthum mindestens gleichkommt. Die bekannten Klagen des Reichskanzlers über die „Arbeitsbienen und Drohnen" im Parlament erfahren durch diese reiche Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen eine neue Widerlegung. Zu beklagen ist die noch immer unverhältnißmäßig geringe Zahl von praktischen Männern des Handels und der Industrie. Es ist aber bei den Ansprüchen an Zeit, welche der Parlamentarismus erhebt, kaum zu hoffen, daß Männer aus diesen Ständen des praktischen Lebens jemals in größerer Zahl nach Mandaten streben, so wichtig und wünschenswerth dies auch gerade im Reichstag mit seinen vorwiegend wirthschaftlichen Aufgaben wäre. Eine Erscheinung, die mit jedem Jahre an Umfang zunimmt und ebenfalls dem Reichskanzler bereits zu Klagen und zwar einigermaßen berechtigteren Anlaß gegeben hat, ist die überaus große Zahl von Abgeordneten, die in Berlin ihren ständigen Wohnsitz haben. Der normale und wünschenswerthe Zustand, daß die Abgeordneten aus der Mitte der Wahlkreise hervorgehen, verändert sich immer mehr zu Gunsten des Vorwiegens des Berlinerthums. Einen ansehnlichen Theil der Schuld an der Erscheinung, daß immer mehr Wahlkreise heimische Vertreter nicht mehr finden, sondern sich aus Berlin versorgen lassen müssen, trägt ohne Zweifel der Mangel an Diäten, der es vielen sonst geeigneten und bereitwilligen Männern zur Unmöglichkeit macht, monatelang in der Reichshauptstadt zu leben.

Die Bildung der großen liberalen Partei in nächster Zukunft wird ein unverwirklichtes Ideal bleiben; alle Angaben über Verhandlungen, betreffend die Verschmelzung (Fusion) der Gruppen der Linken zu dieser „großen liberalen Partei", sind unzutreffend; dagegen steht fest, daß — bei der feindseligen Haltung des Reichskanzlers und der mit ihm verbündeten Ultramontanen und Conservativen — alle drei Gruppen in großen grundsätzlichen Fragen gemeinsam, wie bei der Präsidentenwahl, verfahren werden. Es handelt sich jetzt um die Anbahnung eines gemeinsamen (parlamentarischen) Verkehrsorgans behufs Verständigung beim taktischen Vorgehen in Fragen, welche gemeinsame liberale Interessen der rechten Seite des Hauses gegenüber betreffen. Sonst erweist sich das getrennte Vorgehen der Liberalen in drei Colonnen als das zur Zeit Zweckmäßigste. Hoffentlich bleibt aber bei getrenntem Marschiren die Sorge für vereintes Schlagen zur rechten Zeit nicht außer Acht.

In conservativen Kreisen zeigt man sich dem Tabaksmonopol gegenüber äußerst kühl und vorsichtig, und man kann wohl sagen, daß der Reichskanzler sich mit seinem Project auf keine einzige Partei im Reichstage stützen kann. Auch im Bundesrath finden sich gegnerische Stimmen, wenigstens wird versichert, die Regierungen von Baiern, Baden, Hessen, Mecklenburg und die Hansestädte ständen dem Monopol nicht freundlich gegenüber.

Die Gründung des Weltpostvereins hat bei der Marine-Verwaltung eine nicht unbeträchtliche Ersparung herbeigeführt, indem die Portokosten geringer geworden sind. Im Etat für 1880/81 waren z. B. 33,660.04 Mark als Kosten der Beförderung von Briefen, Telegrammen, Post- und Frachtstücken vorgesehen. Nach der jetzt dem Reichstag vorgelegten Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1880/81 ist von diesem Betrage die Summe von 26,339.96 Mark erspart worden, so daß bereits in den Etat für 1881/82 nur der für diese Ausgaben bestimmte Betrag um 11,000 Mark gekürzt werden konnte.

Wie es heißt, sprach Fürst Bismarck am Donnerstag bei einem parlamentarischen Essen über die innere Politik mit überraschender Milde und Verbindlichkeit. Er saß zwischen Franckenstein und v. Bennigsen. Sonst anwesend waren u. A. Hasselbt, Stephani, Kamecke, Rickert, Windthorst, A. Reichensperger, alle Schriftführer des Reichstages außer Wölfel. Der Kanzler äußerte, zum Conflict sei nicht der mindeste Anlaß durch die jetzige Lage gegeben. (?) Ihn halte nur der kaiserliche Wunsch im Amte. Bezüglich der auswärtigen Politik seien für ihn die fünf Acte des Drama zu Ende, er sei da entbehrlich. Solle er sich auf das Altentheil zurückziehen, weil er in der Socialpolitik nicht mit der augenblicklichen Mehrheit übereinstimme? Er bilde sich nicht ein, daß Alles, was darüber in der Thronrede stehe, gleich oder auch in hundert Jahren ausführbar sei. Es sei darum nur ein Ziel gesteckt, auf das man losmarschiren müsse. Er habe Recht, seine Meinung gegen Anderer Meinungen aufrecht zu erhalten. Deshalb komme er immer wieder mit denselben Vorlagen, ein Conflict sei deshalb nicht nöthig. Vom Culturkampf war nicht die Rede.

Der antisemitische „Deutsche Volksverein" in Berlin hat neulich ein Telegramm an den Fürsten Bismarck gerichtet. Darauf hat nun der Reichskanzler dem Herrn Liebermann von Sonnenberg das folgende, vom „Deutschen Tageblatt" veröffentlichte Schreiben zustellen lassen:

„Berlin, den 20. November 1881.

Ewerer Hochwohlgeboren Telegramm habe ich erhalten und danke der Versammlung des Deutschen Volksvereins für die freundliche Gesinnung, welche sie mir ausgesprochen hat.

Die Zukunft meiner persönlichen Stellung kann sich erst im Laufe der Sitzung des Reichstages entscheiden.

von Bismarck."

Auch die „Nat.-Ztg." meldet, daß in den Vorzimmern des Reichstages das Gerücht umging, der Papst habe die Absicht ausgesprochen, seinen Aufenthalt in Fulda zu nehmen. Von anderer Seite wurde dies Gerücht vervollständigt, der Papst habe einen dahin zielenden Wunsch bereits Herrn von Schlözer mitgetheilt gehabt. Wenn diese Gerüchte auch auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen können, registriren wir jene Nachrichten, da sie auch von ernsthafter Seite nicht unbeachtet gelassen wurden. Das italienische Königthum würde jedenfalls sehr zufrieden damit sein, wenn der Pontifex Rom verlassen und den Staub der ewigen Stadt von seinen Füßen schütteln wollte.

Ueber die Wiederbesetzung des evangelischen Bisthums Jerusalem schweben, wie das „B. T." meldet, noch Verhandlungen. Obgleich Preußen nach dem Tode des von England ernannten letzten Bischofs das Ernennungsrecht zufällt, so scheint die Neubesetzung doch nicht ohne Vorbesprechungen mit den maßgebenden britischen Kreisen zu erfolgen. Es ist selbstverständlich, daß man nach Jerusalem nur einen Geistlichen ernennen kann, der mit den dortigen Verhältnissen genau bekannt ist; fast alle hierzu geeigneten Personen haben aber bessere Fühlung nach Großbritannien als irgend wo anders hin, und von London aus lassen sie sich deshalb am besten auffinden.

Dem Vernehmen nach wird die Anregung zur Gründung von Trinkerasylen, die der Abg. Virchow in der verflossenen Reichstagssession in Ergänzung der Trunksuchtsvorlage gegeben, zunächst ohne Ergebniß bleiben. Ein entsprechender Entwurf der Reichsregierung steht nicht zu erwarten. Wenn gleich an maßgebender Stelle die Zweckdienlichkeit des vorgeschlagenen Heilmittels anerkannt wird, so machen sich doch Bedenken geltend, ob ein Gesetz, wie es der Virchow'sche Antrag verlangt, nicht die Competenz des Reichs überschreite und richtigerweise der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen werden müßte. Würde sich freilich das Reichsgesundheitsamt so entwickelt haben, wie man bei seiner Gründung zu hoffen berechtigt war, dann erschiene diese ganze Frage vorn vornherein zu Gunsten des Reichs gelöst. Nach dem schattenhaften Dasein, das jetzt jene Behörde führt und das sie zu einem trefflichen Gegenstück des gleichfalls in der Entwickelung stecken gebliebenen Reichs-Eisenbahnamts macht, ist wohl aber übel zuzugeben, daß das Reichsgesundheitsamt in der That keine Belastung mit neuen und großen Aufgaben erträgt.

In Heidelberg ist in diesen Tagen der Professor des Staatsrechts, Dr. Herm. Schulze, an Stelle des verstorbenen Bluntschli, zum Vertreter der Universität in der badischen ersten Kammer gewählt worden. Damit ist der wohl ganz außerordentliche Fall eingetreten, daß ein Mitglied des preußischen Herrenhauses gleichzeitig in die Vertretung eines anderen Staates entsandt worden ist. Professor Schulze ist nämlich aus jener Zeit, als er in Breslau an der Universität wirkte, Mitglied des Herrenhauses und Kronsyndicus. Allerdings kann er seinen Pflichten aus diesen beiden Stellungen nicht nachkommen, so lange er außerhalb Preußens seinen Wohnsitz hat, die Berechtigung aber bleibt ihm, da er auf Lebenszeit gewählt ist.

Die Bewilligung der Kosten für den Hamburger Zollanschluß wird, soweit bisher die Stimmung im Reichstag bekannt geworden, mit großer Mehrheit beschlossen werden. Auch auf Seiten der Fortschrittspartei scheint man, nachdem die Frage durch das Uebereinkommen zwischen dem Reich und Hamburg einmal bis zu diesem Puncte gelangt ist, einen weiteren Widerspruch nicht mehr für angebracht zu halten. Ebenso wenig wird wohl vom Centrum unter den heutigen Umständen zu erwarten sein, daß es bei dieser Frage Opposition macht. Man darf sonach hoffen, daß diese Angelegenheit, die so unendlich viel Erregung und Erbitterung erzeugt hat, jetzt endgiltig von der Tagesordnung verschwinden wird. Hoffen wir, daß die Vortheile des Zollanschlusses für beide Theile den schweren Opfern entsprechen werden. Der Reichstag aber wird bei dieser Gelegenheit zeigen, daß er „nicht so schlimm ist wie sein Ruf."

Wie aus der Schweiz berichtet wird, führt die deutsche Polizei einen, wie es scheint, schwierigen Kampf gegen die Einschmuggelung socialistischer Schriften nach Deutschland. Ihre Maßregeln haben bereits Beschwerden bei den Bundesbehörden veranlaßt. Vor einiger Zeit gingen die socialistischen Flugblätter in Gestalt von Handelscircularen mit der Post über die Grenze. Um die Täuschung vollständig zu machen, werden sie mit den Stempeln bekannter Handelsfirmen in Basel, Zürich ꝛc. versehen. Die List ist entdeckt und die Firmen, deren Stempel mißbräuchlich benutzt waren, haben den Nachtheil, daß ihre Circulare ꝛc. angehalten werden. Dann wurden Blechbüchsen vollgepackt mit den Flugblättern und als condensirte Milch verzollt. Ein Zufall hat auch diese List verrathen und nun werden Blechbüchsen mit condensirter Milch mit Argusaugen bewacht.

Am vergangenen Sonntag fand man, wie Meldungen aus Rom besagen, daselbst an den Straßenecken Placate angeschlagen, welche die Aufschrift trugen: „Abasso il colonello austriaco!" (Nieder mit dem österreichischen Oberst.) Die Placate enthielten grobe Schmähungen gegen den König und die Wiener Begegnung und endigten mit dem Ausrufe: „Es lebe die Republik! Es lebe die Revolution! Es leben Triest und Trient!" Die Placate gingen vom republikanischen Verein Maurizio Quadrio aus. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Gambetta gefällt sich in den Manieren des grand seigneur. Am Donnerstag hatte er seinen ersten wöchentlichen Empfangstag. Zahlreiche Diplomaten benutzten diese Gelegenheit, um den neuen Minister zu begrüßen oder mit demselben zu berathen. Von den Botschaftern hatten Fürst Hohenlohe, Graf Beust, Lord Lyons, Herzog Fernan Nunez, der Vertreter Spaniens, längere Besprechungen mit dem Minister. Wie der „N.-Z." mitgetheilt wird, hat Gambetta sich in Versicherungen der friedlichen Richtung der Politik seines Ministeriums überboten und besonders betont, daß er sein Hauptstreben darauf richten werde, in allen wichtigen internationalen Fragen gemeinschaftlich mit den anderen Mächten zu handeln. Die Erklärungen Gambetta's scheinen einen günstigen Eindruck gemacht zu haben.

Die Verhandlungen der französischen Kammern sind ohne besonderes Interesse. Im Senat zog am Donnerstag Griffe seinen Protest gegen die Wahl Laveniere's zum lebenslänglichen Senator zurück und brachte den Antrag auf Erlaß eines Gesetzes ein, der darauf abzielt, die Bedingungen für die Wählbarkeit der lebenslänglichen Senatoren näher zu bestimmen. Laveniere wurde hierauf zum lebenslänglichen Senator proclamirt. — In der Deputirtenkammer brachte der Finanzminister eine Vorlage wegen Bewilligung der für die Expedition nach Tunis bis Januar l. J. erforderlichen Nachtragscredit ein. — Bei der Berathung über die Wahl des für Loudeac (Departement Côtes du Nord) gewählten Deputirten Becher, erklärte der Bischof Freppel von Angers, daß er für den Klerus dieselben Rechte in Anspruch nehme, welche andere Bürger hätten. Der Klerus habe sogar das Recht, von der Kanzel aus den Gläubigen die Theilnahme an der Wahl anzuempfehlen, um die Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen. Mehrere Deputirte der Linken legten hiergegen Verwahrung ein. Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, erklärte, die Regierung könne solchen Doctrinen gegenüber, die eine Einmischung des Klerus in die Wahlen zur Folge hätten, nicht gleichgiltig bleiben, die Regierung sei der ganz bestimmten Ansicht, daß sich der Klerus streng innerhalb der Grenzen des Concordates halte, ebenso sei die Regierung gewillt, sich aller gesetzlichen Mittel zu bedienen, um dem Klerus Achtung vor dem Gesetz und vor der Verfassung aufzulegen. Die Wahl von Becher wurde mit 402 gegen 93 Stimmen für ungiltig erklärt.

Reichstag.

Im Reichstage stand am Donnerstage die erste Berathung des Etats auf der Tagesordnung und wurde vom Staatssecretair Scholz mit einer nüchtern-sachlichen Rede eingeleitet, welche sich bestrebte, aus einer Reihe von Zahlen des Etats die Finanzlage des Reichs und die bisherigen Erfolge der Steuerpolitik in einem möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen.

Redner führte aus, daß das Etatsjahr 1880—81 mit einem Deficit von 12,862,467 ℳ abschließt. Er selbst habe vor Jahresfrist ausgesprochen, daß das Etatsjahr mit einem Ueberschuß von etwa 3 Millionen Mark abschließen würde, wenn nicht bei der Rübenzuckersteuer ein Ausfall entstände. In der That habe, abgesehen von der Zuckersteuer, sich an Mehreinnahmen und Minderausgaben ein Plus von 7,103,894 ℳ ergeben. Die Rübenzuckersteuer habe aber einen Ausfall von 18,734,226 ℳ ergeben. Dieses Resultat sei lediglich eine Folge des bestehenden Creditirungssystems, wodurch es ermöglicht werde, daß die Exportvergütungen

SLUB
Wir führen Wissen.